



30. März 2012

Ausserparlamentarische Kommission für die Revision des Gesetzes über die Krankenanstalten und -institutionen

(IVS).- Der Staatsrat hat die ausserparlamentarische Kommission für die Revision des Gesetzes über die Krankenanstalten und -institutionen (GKAI) vom 12. Oktober 2006 ernannt. Als am 23. Oktober 2011 bei der Volksabstimmung das GKAI vom 17. März 2011 abgelehnt wurde, hat man diese Kommission gebildet. Sie hat den Auftrag, das Gesetz über die Krankenanstalten und -institutionen vor Ablauffrist des Dekrets über die Spitalfinanzierung am 31. Dezember 2014 zu revidieren. Der Präsident der Kommission ist Nationalrat Stéphane Rossini und die Mitglieder sind Repräsentanten des Kantons, des Spitals Wallis/GNW, aus dem Gesundheitsbereich, aus der Politik wie auch des Referendumskomitees gegen das GKAI.

Revision des Gesetzes über die Krankenanstalten und -institutionen

Das GKAI vom 17. März 2011 wurde bei der Volksabstimmung vom 23. Oktober 2011 verworfen und so wurde die neue Spitalfinanzierung, die durch das Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) eingeführt wurde, mit einem dringlichen Dekret angewandt. Eine ausserparlamentarische Kommission wurde vom Staatsrat ernannt, damit diese das Gesetz über die Krankenanstalten und -institutionen vor Ablauffrist des Dekrets am 31. Dezember 2014 revidiert.

Die ausserparlamentarische Kommission wird spezifisch die Bestimmungen des GKAI und andere Gesetzestexte, die auf das Spital Wallis/GNW Anwendung finden, ausarbeiten. Sie prüft die Beibehaltung der Autonomie des Spitals Wallis/GNW und die Möglichkeit, zwei verschiedene Gesetzes auszuarbeiten; eines über die Spitalfinanzierung und das andere über das Spital Wallis/GNW.

Mitglieder wurden aufgrund ihrer Kompetenzen und ihres repräsentativen Charakters ausgewählt

Der Präsident der ausserparlamentarischen Kommission ist Nationalrat Stéphane Rossini. Dieser Professor und Forscher verantwortlich für den Master of Advanced Studies in Sozialarbeit und Sozialpolitik an der Fachhochschule Westschweiz wird bei der Revisionsarbeit von 21 Persönlichkeiten, die allesamt vom Staatsrat aufgrund ihrer Kompetenzen und ihres repräsentativen Charakters ausgewählt wurden, unterstützt:

- Repräsentanten des Kantons: Dr. Georges Dupuis, Kantonsarzt und jetziger Chef der Dienststelle für Gesundheitswesen, Victor Fournier, zukünftiger Chef der Dienststelle für Gesundheitswesen
- Repräsentanten des Spitals Wallis/GNW: Charles Kleiber, Verwaltungsratspräsident, Hildebrand de Riedmatten, Verwaltungsratsvizepräsident, Bernard Monnet, Verwaltungsratsmitglied



- Mitglieder des Referendumskomitees gegen das GKAI: Dr. Raymond Berclaz, Dr. Patrick Hildbrand, Dr. Christophe Imsand, Dr. Anne Ducrey
- Repräsentanten aus dem Gesundheitsbereich: Catherine Donnet, Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner Sektion Wallis, Albert Bass, Präsident der Vereinigung Walliser Alters- und Pflegeheime(AVALEMS), Fernand Nanchen, Präsident der Stiftung Sucht Wallis, Dr. Charles Gobelet, ehemaliger medizinischer Direktor der Clinique romande de réadaptation, Anne Jacquier-Delaloye, Direktorin des Studiengangs Gesundheit & soziale Arbeit der HES-SO Valais Wallis, Pascal Viaccoz, Präsident der Walliser Vereinigung der SMZ
- Repräsentanten der Patienten: Michel Ducrot, Präsident der Association de défense des patients hospitalisés en Valais (ADPVal)
- Repräsentanten aus der Politik: Philipp Matthias Bregy, Advokat und Grossrat, Georges Tavernier, Präsident der FDP Wallis, Bertrand Zufferey, Grossratsuppleant, Olivier Derivaz, Advokat und Notar, Thomas Gsponer, Direktor des Schweizer Verbands für visuelle Kommunikation Viscom.

Die ausserparlamentarische Kommission kann auch externe Experten oder Berater hinzuziehen, um deren spezifische Unterstützung auf medizinischer, juristischer und finanzieller Ebene zu ersuchen. Sie wird dem Staatsrat ihren Schlussbericht in Form eines Botschafts- und Gesetzesvorentwurfs während des ersten Trimesters 2013 unterbreiten.

Hinweis an die Redaktionen

Für zusätzliche Informationen können Sie sich an Staatsrat Maurice Tornay (027/606.50.10) wenden.